

Veröffentlichung der Studie „Grenzenloses Risiko – Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ am 26.06.2025

Wortbeitrag von Herrn Harald Lotis, Bürgermeister der Gemeinde Bahlingen am Kaiserstuhl,
Vorstandsmitglied von TRAS

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der Nuklearkatastrophe von Fukushima im Jahr 2011 beschloss die damalige Bundesregierung den Ausstieg der Bundesrepublik Deutschlands aus der Atomenergie. Am 15. April 2023 wurden in Deutschland die letzten drei aktiven Atomkraftwerke abgeschaltet. Dadurch schien und scheint die Gefährdung der deutschen Bevölkerung durch einen Vorfall in einem Atomkraftwerk gebannt zu sein. Dieses Thema ist in der öffentlichen Diskussion quasi nicht mehr existent.

Wie die heute hier öffentlich vorgestellte Studie „Grenzenloses Risiko – Gefährdung Deutschlands durch schwere Unfälle in Schweizer Atomkraftwerken“ eindrucksvoll belegt, ist dieser Eindruck der nicht mehr vorliegenden Gefährdung der deutschen Bevölkerung durch den Betrieb von Atomkraftwerken völlig falsch.

In direkter Nähe zur deutschen Grenze, liegen in der Schweiz 4 Atomkraftwerke, die inzwischen eine Betriebszeit von 40 bis 56 Jahren aufweisen. Das ist der älteste aktive Atompark weltweit. Die AKWs entsprechen schon seit Jahren nicht mehr dem Stand der Technik, ihre Laufzeit ist nach Schweizer Recht aber nicht beschränkt.

Durch die Lage der Reaktoren an der deutschen Grenze und die vorherrschenden Windrichtungen Süd und Südwest wären bei einem atomaren Zwischenfall in einem der AKWs auch weite Gebiete Süddeutschlands direkt betroffen. Einige hier im Raum erinnern sich vielleicht noch an den Super-GAU im AKW Tschernobyl im Jahr 1986. Dieser Reaktor liegt von Stuttgart aus in ca. 1.500 km Entfernung, Luftlinie versteht sich. Das AKW Gösgen hingegen nur 180 km Luftlinie von Stuttgart entfernt. Wenn Sie sich nun daran erinnern, dass im Jahr 1986 die radioaktive Wolke auch unser Land betroffen hat, dann können Sie sich glaube ich sehr gut vorstellen, was ein Unfall in den Schweizer AKWs für Süddeutschland bedeuten könnte.

In Deutschland hat man diese Gefährdung zwar erkannt, die Aktualisierung der entsprechenden Notfallpläne mit erweiterten Evakuierungszonen, notwendigen angepassten Maßnahmen, Plänen zur Ausgabe von Jodtabletten, u.v.m. lässt aber zum großen Teil noch auf sich warten. Ich bin mir sicher, dass in dieser Situation geordnete Maßnahmen aller staatlichen Ebenen in Deutschland zum Schutz der deutschen Bevölkerung fast unmöglich sind. Wichtig ist vor allem, dass innerhalb der ersten 72 Stunden schnell gehandelt wird.

Es stellen sich hier viele Fragen, z. B.:

- Wer alarmiert bei einem schwerwiegenden Ereignis in einem Schweizer AKW? Die Schweizer Behörden schätzen die von den AKWs ausgehenden Gefährdungen immer noch dramatisch geringer ein, als das deutsche Behörden und unabhängige Experten tun. Wird auf dieser Basis dann überhaupt rechtzeitig alarmiert?
- Wie laufen eventuell notwendige Evakuierungsmaßnahmen ab? Wo sollen die Menschen untergebracht werden? Wie sollen die Menschen evakuiert werden (eigener PKW, organisiert per Bus und Bahn)? Was passiert in so einem Fall auf den Verkehrswegen? Wie steht es um Kranke, Hochbetagte, Menschen mit Behinderungen?
- Wie und wo erhalten die Menschen die für einen Notfall notwendigen Jodtabletten?

Viele Fragen, auf die es aktuell noch sehr wenige Antworten gibt, was, wie schon oben erwähnt, auch an der fehlenden Aktualisierung der entsprechenden Notfallpläne liegt.

Als Bürgermeister einer baden-württembergischen Kommune ist mir aber klar, wohin die Menschen sich in einer solchen Situation zuerst wenden: an ihr Rathaus. Sie erwarten dann schnelle Antworten und schnelle Lösungen in dieser Krisensituation. Ich bin mir sicher, dass die Kommunen in bewährt guter Zusammenarbeit mit den Landkreisen und Regierungspräsidien hier Lösungen finden würden. Ob diese in der Kürze der Zeit dann alle unserer Probleme lösen können, wage ich zu bezweifeln.

Insofern empfehle ich allen Verantwortlichen und jeder Mitbürgerin und jedem Mitbürger in Deutschland und in der Schweiz die Lektüre der heute vorgestellten Studie. Ziehen Sie schnellstmöglich ihre Schlüsse daraus.

Die Verantwortlichen in der Schweiz fordere ich auf, die von den Schweizer Atomkraftwerken ausgehenden Gefahren endlich neutral und realistisch einzuschätzen. Erkennen Sie bitte, dass von ihrer Oldtimer-AKW-Flotte große Gefahren für die Bevölkerung in der direkten Umgebung der Anlagen, aber auch in großen Teilen Süddeutschlands ausgeht. Verzichten sie auf weitere Verlängerungen der Laufzeiten dieser Anlagen! Das ist aus meiner Sicht nicht mehr zu verantworten!

Die deutschen Behörden rufe ich auf, dringend die Notfallpläne für einen atomaren Zwischenfall zu aktualisieren. Dabei ist eine enge Zusammenarbeit zwischen allen staatlichen Ebenen von Bund bis zu den Kommunen erforderlich, um im Falle eines Reaktorunfalls in der Schweiz schnell und zielgerichtet zum Wohle der Deutschen Bevölkerung reagieren zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Harald Lotis

Es gilt das gesprochene Wort